

## Macht und Ohnmacht des Staates Transatlantische Reflektionen in der Krise

Festvortrag zum 50-jährigen Bestehen des Lions-Clubs Leer (Ostfriesland)  
13. März 2010

Hans N. Weiler<sup>1</sup>  
Stanford University

### Prolog: Das neue England

Unter den Büchern, die ich in den letzten Jahren gelesen habe, hat mir eins besonders gut gefallen. Es fällt auf durch seine subtile Ironie, die – auch ohne dass man es wüsste – die Herkunft ihres Autors erraten lässt. Denn Buch und Autor kommen aus einem Land, in dem seit Alexander Pope und Jonathan Swift Ironie und Satire ein bevorzugtes literarisches Instrument der Gesellschaftskritik sind – ich darf Sie nur an die meisterhafte Ironisierung menschlicher Eitelkeiten und Konflikte in „Gullivers Reisen“ erinnern<sup>2</sup>. Heute ist allerdings nicht von Jonathan Swift und Gulliver die Rede, sondern von Julian Barnes, einem der neueren Meister der britischen Satire. Hier geht es um sein Buch, „*England, England*“<sup>3</sup>.

Julian Barnes erzählt darin die Geschichte eines ebenso exzentrischen wie schwerreichen englischen Unternehmers, Sir Jack Pitman, der sich entschließt, auf einer England vorgelagerten Insel eine leicht miniaturisierte, aber ansonsten naturgetreue und vor allem erheblich verbesserte Version des bestehenden Englands zu errichten. Er scheut dabei keine Kosten und Mühen und denkt wirklich an alles: an *Big Ben* mit Originalgeläut, den *Tower of London* (komplett mit der Wachmannschaft der *Beefeater* in Originalkostümen), *Stratford-on-Avon* mit permanenter Shakespeare-Aufführung, die unverwechselbaren Taxis und die roten Doppeldeckerbusse aus London, Robin Hood und seine Bande in einer naturgetreuen Nachbildung des Waldes von Sherwood, und nicht zu vergessen die berühmten riedgedeckten *cottages* von Devonshire, in denen nachmittags *Devonshire cream tea* serviert wird.

Dabei war längst nicht alles Imitation. Mit viel Geschick und noch mehr Geld hatte es Pitman geschafft, sowohl die ehrwürdige *Times of London* als auch die traditionsreiche

---

<sup>1</sup> Der Autor ist Professor emeritus of Education and Political Science der Stanford University und Rektor a.D. der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Email [weiler@stanford.edu](mailto:weiler@stanford.edu); Homepage: [www.stanford.edu/people/weiler](http://www.stanford.edu/people/weiler).

<sup>2</sup> Eine Ironisierung, die ich einmal auf die deutsche Hochschulpolitik zu übertragen versucht habe; siehe Weiler, Hans N. (2000), Zwischen Lilliput und Brobdingnag – Gullivers Reisen durch die deutsche Hochschullandschaft, in Jan C. Joerden et al. (Hrsg.), Universitäten im 21. Jahrhundert. Berlin: Springer, pp. 203-213.

<sup>3</sup> Barnes, Julian (1998), *England, England*. London (deutsch bei Kiepenheuer und Witsch, 1999).

Fußballmannschaft von *Manchester United* tatsächlich im Original in das neue England zu verlagern. Und in einem Coup ganz besonderer Art war es ihm sogar gelungen, das englische Königshaus, das in dem ursprünglichen England schon seit einiger Zeit nicht mehr so recht geschätzt worden war, zu einer Umsiedlung auf die neue englische Insel zu veranlassen, wo ihrer bereits eine getreue Nachbildung von *Buckingham Palace* hararte.

Kurzum, es gelang Pitman, gleichsam der Quintessenz dessen, was am alten England liebenswert und unverwechselbar war, auf seiner Insel zu einer neuen Existenz und zu neuem Glanz zu verhelfen.

Das Projekt war, vom Tage seiner offiziellen Eröffnung an, über alles Erwarteten erfolgreich – so erfolgreich, dass es in relativ kurzer Zeit das Original weit in den Schatten stellte. Es begann mit den Touristen, die sehr schnell zu schätzen lernten, dass sie in dieser neuen Version von England sehr viel zuvorkommender behandelt wurden, mit weniger Schmutz, Verspätungen und Verkehrsstaus zu rechnen hatten und insgesamt, wie einer von ihnen feststellte, den Eindruck hatten, einem nicht nur sehr viel sympathischeren, sondern auch sehr viel authentischeren England zu begegnen.

Binnen kurzer Zeit entstand so, vor den Toren des alten England, ein neues England, das dem alten Modell nicht nur gleichwertig, sondern in jeder Hinsicht überlegen war.

Ich vermute, dass so mancher von Ihnen gelegentlich die Versuchung verspürt, mit dem alten Deutschland ähnlich zu verfahren – zumal Sie ja gerade in dieser Gegend an vorgelagerten Inseln keinen Mangel haben. Wäre es nicht reizvoll, sich vorzustellen, dass man im sauberen Kleinformat irgendwo in der Nordsee eine erheblich verbesserte Version des alten Deutschlands zustande brächte – ohne verspätete ICEs und ohne Finanzkrise, ohne Zank und Streit in der Politik, ohne nimmer satte Investoren und Landesbanken, ohne private und öffentliche Schuldenberge, ohne fremdenfeindliche Glatzköpfe und dafür mit brillanten PISA-Ergebnissen, einer auf Dauer gesicherten Rente, einer funktionierenden Regierungskoalition und ohne Feinstaub und Dauerstaus zum Ferienbeginn?

Schön wär's ja, aber ich muss Sie enttäuschen. Trotz der Fabulierkunst von Julian Barnes bleibt das Klonen von unvollkommenen Gemeinwesen für die Lösung unserer Zukunftsprobleme eine untaugliche Strategie. Das kleine neue England auf der Insel wird genau so ein schöner Traum bleiben wie das kleine neue Deutschland in der Nordsee; wir werden nicht umhin können, uns in unseren real existierenden Gesellschaften um eine bessere Zukunft zu bemühen.

## Von der Rolle des Staates in modernen Gesellschaften

Unter den Herausforderungen, die sich uns damit stellen, ist eine, der eine besonders zentrale Rolle zukommt und mit der ich mich in diesem Vortrag etwas eingehender beschäftigen möchte. Ich spreche von der Rolle des Staates in unserer modernen

Gesellschaft – von der Frage also, wie viel oder wie wenig Staat wir brauchen, wie viel oder wie wenig Macht der Staat braucht, um mit den sich anscheinend ständig vermehrenden Problemen unseres modernen Daseins fertig zu werden.

Das mag Ihnen auf den ersten Blick wie eine arg abstrakte und theoretische Frage erscheinen – in einer Situation, in der wir, in Europa wie in den USA, sehr viel konkretere und anscheinend dringendere Probleme zu bewältigen haben: Klimaschutz, Migration, Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite, Gesundheitsreform, innere Sicherheit usw. usf. Auf den zweiten, etwas gründlicheren Blick aber stellen wir fest, dass hinter jedem dieser Probleme die Frage lauert, welche Rolle denn in der Lösung dieser Probleme der Staat spielen soll oder kann, und welche Rolle andere gesellschaftliche Akteure, also die Kirchen, die freien Verbände, die Tarifpartner, die ehrenamtlichen Einrichtungen, die Unternehmen – kurz: die Zivilgesellschaft spielen sollte, könnte und müsste.

In der Beschäftigung mit den grundlegenden Themen menschlicher Gemeinwesen ist diese Frage nach der Rolle des Staates so alt wie die Menschheit selbst. Sie durchzieht die Dialoge des Plato ebenso wie die Überlegungen zur Herrschaft der Fürsten bei Thomas von Aquin, die tiefsinnigen Erörterungen über das Wesen des Staates bei Hegel, die Anmerkungen Max Webers zum „legitimen Gewaltmonopol des Staates“ und zum „Cäsarismus“ des Bismarck'schen Staatsverständnisses oder auch die jüngsten, etwas merkwürdigen Vorschläge von Herrn Sloterdijk zu der Frage, ob der Staat denn die Bürger zum Zahlen von Steuern verpflichten sollte.

Aber jenseits dieser theoretischen Dauerbrenner über das Wesen des Staates haben wir in diesen Tagen besonders reichlichen Anlass, über die Frage nach Macht und Ohnmacht des Staates und nach der Reichweite und den Grenzen seiner Zuständigkeit nachzudenken. Zum einen hat die dramatische Krise der westlichen Wirtschafts- und Finanzsysteme in den vergangenen 18 Monaten die Frage nach dem sinnvollen oder notwendigen Grad von staatlicher Intervention ganz neu und dringend gestellt. Wenn in der Bundesrepublik, in Großbritannien und den USA der Staat sich genötigt sieht, alle hehren Prinzipien des freien Spiels der Kräfte am Markt über Bord zu werfen und gleichsam über Nacht zum Eigentümer einer Bank oder eines Automobilkonzerns zu werden, wenn in Island die fahrlässige Geschäftsführung von Bankmanagern und in Griechenland die Versäumnisse der Regierung selbst den Staat an den Rand der Insolvenz bringen – dann stellt sich die Frage nach der angemessenen Rolle des Staates nicht mehr nur auf einer abgehobenen theoretischen Ebene, sondern höchst praktisch und akut.

### Staatsverständnis in den USA und Deutschland

Zum anderen, und über diesen allgemeinen und die meisten Staaten zumindest des Westens umfassenden Anlass hinaus zwingt uns aber auch ganz spezifisch das, was wir in diesen Tagen mit geradezu ungläubigem Staunen in den Vereinigten Staaten erleben, zu einer sehr grundsätzlichen und, wie mir scheint, äußerst dringenden Beschäftigung mit der Frage, wie denn in modernen und hochkomplexen

Gesellschaften eine sowohl sinnvolle wie auch politisch akzeptable Rolle des Staates auszusehen hätte.

Man kann sich ja in dieser Frage kaum einen dramatischeren Gegensatz vorstellen als die Gegenüberstellung zweier Bilder: Auf der einen Seite das Bild Helmut Schmidts – vor einigen Tagen bei „Beckmann“ im Fernsehen – der auf seine prägnante Art feststellte, dass der Sozialstaat „die größte kulturelle Leistung Europas“ nach dem Zweiten Weltkrieg sei – und auf der anderen Seite das Bild eifernder republikanischer Senatoren im amerikanischen Kongress, die selbst die bescheidene (und inzwischen noch weiter verwässerte) Reform der amerikanischen Krankenversicherung für eine staatssozialistische Abartigkeit und eine Ausgeburt kommunistischer Verschwörer halten und damit die Präsidentschaft Barack Obamas an den Rand des Scheiterns gebracht haben. Das dritte Bild des mehr Leistungsgerechtigkeit im Sozialstaat einfordernden Guido Westerwelle wäre wahrscheinlich irgendwo zwischen diesen beiden Polen einzuordnen.

Dieser schroffe Gegensatz in der Bewertung der Rolle des Staates in der Sicherung elementarer Bedürfnisse ist nicht nur frappierend; er ist auch lehrreich. Er zeigt die ganze Spannbreite möglicher Varianten dieser Rolle, aber er zeigt zugleich auch die unverminderte Wirkkraft historischer Erfahrungen und Überlieferungen. Es ist ja nicht von ungefähr, dass eine der besonders konservativen Truppen in den USA neulich eigens nach Mount Vernon gepilgert ist, dem ehemaligen Landsitz von George Washington, um dort am 17. Februar ein feierliches Gelöbnis auf den Geist der amerikanischen Gründerjahre im 18. Jahrhundert abzulegen – angeführt im übrigen von Edwin Meese, dem greisen Vertrauten von Ronald Reagan, den amerikanischen Konservative immer noch als ihren wichtigsten Schutzpatron ansehen. Die dort verabschiedete „Erklärung von Mount Vernon“<sup>4</sup> erinnert denn auch schon im zweiten Satz daran, dass die Gründer der amerikanischen Republik „an enduring framework of limited government“ (einen dauerhaften Rahmen für die Begrenzung von Regierungsgewalt) geschaffen hätten und dass es dringend notwendig sei, das Land in diesen schwierigen Zeiten wieder auf diese hehren Grundsätze zu verpflichten.

Diese Tradition – auch da, wo sie nicht so radikal und unbeirrt vertreten wird wie von Edwin Meese und seinen politischen Freunden – ist fundamental verschieden von einer europäischen Sicht, die den Staat im direkten und ungebrochenen Übergang aus monarchischen Ursprüngen in seine säkular-republikanische Form sieht und deshalb im Prinzip für mehr oder weniger naturgegeben und jedenfalls nicht für fragwürdig hält. Diesem europäischen Staatsverständnis geht das grundsätzliche Misstrauen ab, das sich in den USA aus der revolutionären Erfahrung des Widerstandes gegen das britische Königtum genährt und das dazu beigetragen hat, in der Schaffung staatlicher Einrichtungen nur ein absolutes Minimum an gesamtstaatlicher Zuständigkeit festzuschreiben; selbst dieses Minimum einer anfänglich ohnehin höchst bescheidenen bundesstaatlichen Zentralregierung für die vereinigten Staaten war, wie Joseph Ellis

---

<sup>4</sup> [www.themountvernonstatement.com](http://www.themountvernonstatement.com)

gerade noch einmal in einer meisterhaften Analyse dargelegt hat<sup>5</sup>, in den Anfangsjahren der amerikanischen Republik heiß umstritten.

Edwin Meese und seine Gesinnungsgenossen vom Mount Vernon mögen Ihnen als hoffnungslose Romantiker erscheinen, aber aus der Empörung über einen angeblich seine Grenzen überschreitenden Staat ist in den USA inzwischen eine Massenbewegung geworden, die sich nicht von ungefähr „Tea Party Movement“ nennt – unter Berufung auf die aufgebrachten Bürger der Kolonie Massachusetts, die am 16. Dezember 1773 drei Schiffsladungen Tee in das Hafenbecken von Boston schütteten, weil sie die vom englischen König darauf erhobene Steuer zu entrichten nicht bereit waren. Der Zwischenfall, der zum mittelbaren Auslöser für den Ausbruch des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges zwei Jahre später wurde, hat unter den Gründungsmythen der amerikanischen Überlieferung einen besonderen Platz als eines der spektakulärsten Bekenntnisse zu Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und zur Ablehnung übergeordneter staatlicher Autorität.

### Eine *Tea Party* Bewegung für weniger Staat

Kein Wunder, dass sich die in den letzten Monaten wie ein Lauffeuer entstandene Protestbewegung gegen Obamas bescheidenen Sozialstaat ausgerechnet diesen symbolischen Akt des Widerstandes gegen staatliche Gewalt zum Sinnbild und Namensgeber erkor: Seit ihrer ersten Kundgebung am 15 April 2009 (dem jährlichen Stichtag für die Abgabe der Steuererklärungen) ist die „Tea Party Bewegung“ ein aus dem derzeitigen politischen Leben der USA nicht mehr weg zu denkender Faktor geworden. Hatte sich die Bewegung zunächst in die Tradition der in den USA häufigen Anti-Steuer-Initiativen gestellt (das englische Wort für Tee – *Tea* – wurde zur Abkürzung für den Slogan „Taxed Enough Already“), so ist sie inzwischen zu einer sehr viel ernsthafteren und politisch breiter aufgestellten extrem-konservativen Organisation geworden, die sich für den November dieses Jahres eine konservative Mehrheit im amerikanischen Kongress und für 2012 einen konservativen Präsidenten im Weißen Haus zum Ziel gesetzt hat. Über den Widerstand gegen jegliche Steuererhöhung hinaus lehnt die Tea Party Bewegung sowohl das Konjunkturpaket der Regierung und die Rettung des Bankensystems als auch jegliche Reform der Krankenversicherungssysteme grundsätzlich ab. Der gemeinsame Nenner in all diesen Forderungen ist, wie auch in der Erklärung von Mount Vernon, das Prinzip der so eng wie möglich begrenzten Staatsgewalt. Sarah Palin, die ehemalige Gouverneurin von Alaska und erfolglose Kandidatin für die Vizepräsidentschaft im Jahr 2009, war (für ein Honorar von \$100,000) die Abschlussrednerin auf dem offiziellen Gründungskonvent der Tea Party Bewegung in Nashville im Februar und riss die Versammlung zu Begeisterungstürmen hin mit ihren Attacken gegen „big government“ und ihrem Plädoyer, die Macht dem Volk zurück zu geben.

---

<sup>5</sup> Joseph J. Ellis, *American Creation: Triumphs and Tragedies at the Founding of the Republic*. New York: Knopf, 2007

Die örtlichen Zellen der Tea Party Bewegung waren dann auch ein wichtiger Faktor im Ausgang der Senatsnachwahl in Massachusetts im Januar, bei der der fast ein halbes Jahrhundert lang von Ted Kennedy innegehabte Senatssitz an einen völlig unbekanntem republikanischen Kandidaten ging, der ganz à la Sarah Palin die Abgehobenheit „derer da in Washington“ angeprangert und sich als Vertreter der von den Mächtigen vergessenen kleinen Leute präsentiert hatte. Denn im Grunde ist der Tea Party Bewegung das republikanische Washington fast genau so suspekt wie das demokratische – beide haben sich in ihrer Sicht dem Leviathan des „big government“ verschrieben, die aus Steuergeldern finanzierten Staatsleistungen ins Unermessliche aufgebläht, die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben und die Interessen der Bürger vernachlässigt; auch die Haushaltsdefizite von George W. Bush sind ihnen ein Greuel. Trotzdem sieht ihre politische Strategie die natürlichen Verbündeten in der Republikanischen Partei, die sie durch die Aufstellung geeigneter Kandidaten wieder zu ihren konservativen Wurzeln zurückführen will. In Florida ist das jemand wie Marco Rubio, der mit Unterstützung der Tea Party für den Senat kandidiert und den Menschen versprochen hat, ihnen „ihre Freiheit zurück zu geben“. Der simple Litmus-Test der Tea Party für eine solche Unterstützung: weniger Staat, weniger Steuern, mehr Freiheit<sup>6</sup>.

Für Barack Obama aber – immerhin ihren demokratisch gewählten Präsidenten – haben Sie nur Verachtung und Hohn übrig. „Wir lassen es uns nicht länger gefallen,“ zitiert ein Spiegel-Korrespondent einen der Tea Party Anhänger aus Florida „dass der Präsident sich wie ein sozialistischer Diktator gebärdet und unsere Verfassung mit Füßen tritt.“<sup>7</sup> 39 Prozent der Anhänger der Bewegung wollen Obama des Amtes entheben, 63 Prozent halten ihn für einen Sozialisten; Vergleiche mit Hitler, Mussolini und Stalin (man ist da nicht wählerisch) sind an der Tagesordnung.

Die Sünden, für die Barack Obama auf diese Weise bestraft wird, bestehen in einem für europäische Verhältnisse geradezu zurückhaltenden Versuch, in den USA eine moderate Modernisierung des Staates und einen allerersten Schritt auf dem Weg zu einem Sozialstaat herbeizuführen. Dieser Versuch trägt einer Situation Rechnung, in der die Selbstregulierungs- und Problemlösungskapazität der Gesellschaft an ihre Grenzen gekommen ist, in der elementare gesellschaftliche Funktionen wie Gesundheitsfürsorge, Bildung und Ausbildung, Geldverkehr, Energieversorgung oder das Verkehrswesen nicht mehr angemessen geleistet werden können und in der globale Probleme wie Klimawandel, Terrorismus und Unterentwicklung sich – wenn überhaupt – nur im Zusammenwirken funktions- und entscheidungsfähiger Staaten bewältigen lassen. Die Tatsache, dass 46 Millionen amerikanischer Bürger ohne Krankenversicherung leben, ist nicht nur eine menschliche, sondern auch eine volkswirtschaftliche Tragödie; die erwiesene Unfähigkeit des amerikanischen Finanzsystems zur Selbstregulierung hat den Geldverkehr (und die internationalen Finanzmärkte) an den Rand des Zusammenbruchs geführt; und die viel zu lange geduldete Abhängigkeit der USA von fossilen Brennstoffen hat für Klima, Volkswirtschaft und Staatsverschuldung verheerende Folgen.

---

<sup>6</sup> „Die Anti-Obama Partei“, SpiegelOnline, 5. Februar 2010

<sup>7</sup> Ebda.

## Reform und Misstrauen

Barack Obama war angetreten, um diesen Missständen den Kampf anzusagen und auf der Basis eines deutlichen Mandats in seiner Wahl und in den Mehrheiten seiner Partei Lösungen zu finden, die sowohl in ihrer Notwendigkeit wie auch in ihren Größenordnungen an das erinnern, was Franklin Roosevelt in den dreißiger Jahren mit seinem New Deal und Lyndon B. Johnson in den sechziger Jahren mit seiner Great Society erreicht hatten: eine grundlegende Neuorientierung der Art und Weise, wie sich Staat und Gesellschaft in Amerika der Probleme ihrer Bürger annehmen. Dieses politische Projekt war anspruchsvoll genug; es hatte die zusätzliche Last einer so noch nie da gewesenen Finanz- und Wirtschaftskrise zu tragen, deren Überwindung die Voraussetzung für die Erreichung aller anderen politischen Ziele war. Die unmittelbare Krise eines Zusammenbruchs des amerikanischen Wirtschaftssystems konnte abgewendet werden; es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Abgeordneten, die das Konjunkturpaket der Regierung Obama im Kongress kategorisch abgelehnt hatten, sich jetzt regelmäßig feiern und fotografieren lassen, wenn wieder ein mit diesen Mitteln gefördertes Bau- oder Sanierungsprojekt in ihrem Wahlkreis eröffnet wird.

Man sollte radikalen Bewegungen wie der Tea Party nicht allzu viel Gewicht beimessen; sie findet zwar in der Bevölkerung relativ breite Unterstützung, leidet aber an einem akuten Mangel von gezielter Organisation und an ihren eigenen inneren Widersprüchen. Aber auch in ihren weniger radikalen Ausprägungen hat die Staatsverdrossenheit, der Überdross an „denen da in Washington“ einen bemerkenswerten Grad erreicht; David Brooks spricht in der New York Times von einer „distrust insurrection“, einem „Aufstand des Misstrauens“<sup>8</sup>, der in seinen Auswirkungen das gesetzgeberische Werk Obamas weitgehend blockiert – und zwar nicht nur in der Gesundheitspolitik, sondern auch in der Klimagesetzgebung, der Neuregelung der Finanz- und Bankenaufsicht – ja selbst bei der von den Konservativen so dringend eingeforderten Haushaltssanierung. Es liegt auf der Hand, dass es für diese Blockade kaum einen schlechteren Zeitpunkt geben könnte als jetzt.

Ich habe mich mit dieser Krisensituation in den USA – und um eine solche handelt es sich ohne Frage – so ausführlich nicht nur deshalb beschäftigt, weil niemandem auf dieser Welt der Gesundheitszustand der politischen Kultur Amerikas gleichgültig sein kann, sondern auch, weil der Kern dieser Krise genau die Frage nach der angemessenen Rolle des Staates ist. Wenn man so will, demonstriert das amerikanische Regierungssystem im Augenblick mit besonderer Eindringlichkeit, wie eng Macht und Ohnmacht des Staates beieinander liegen.

## Zwischenbilanz

Ich ziehe eine erste Zwischenbilanz:

---

<sup>8</sup> „Politics in the Age of Distrust“, New York Times, January 22, 2010

- 1) Die traditionelle Fähigkeit offener Gesellschaften, eine Vielzahl von Problemen auch ohne die Intervention des Staates und im Vertrauen auf die Kräfte des Marktes zu lösen, ist in der gegenwärtigen Krise angesichts der Komplexität und der Größenordnung der zu lösenden Probleme ernsthaft und möglicherweise dauerhaft kompromittiert.
- 2) Dieser dramatische Einbruch in der Problemlösungskapazität unserer westlichen Gesellschaften führt zunächst zu einer gesteigerten Rolle des Staates als Problemlöser der letzten Instanz und als nicht mehr nur politischer, sondern auch wirtschaftlicher und gesellschaftlicher – ja sogar unternehmerischer – Akteur.
- 3) Dieser Zuwachs in der Bedeutung des Staates ruft dann allerdings, in einem dritten Schritt, zum Teil massiven Dissens hervor, der sich in Deutschland – relativ moderat – in einer neuen Sozialstaatsdebatte, in den USA aber in einer geradezu atavistischen Rückkehr zu vormodernen Vorstellungen von einer staatsfreien Gesellschaft und in einer ernsthaften Bedrohung demokratischer Prozesse – ja in einer Krise von Regierbarkeit – manifestiert.

Wir können bei dieser Zwischenbilanz aber nicht stehen bleiben, sondern müssen uns fragen, welche Rolle denn in dieser Situation die Zivilgesellschaft zu spielen und wie sie sich – wiederum in Europa wie in den USA – zur veränderten oder in Frage gestellten Rolle des Staates zu verhalten hat. Für diese Betrachtung der Zivilgesellschaft nehme ich drei unterschiedliche Ansätze; diese drei Ansätze haben zu tun mit dem Kegeln, mit den Kirchen und mit der Philanthropie.

### Kegeln und soziales Vertrauen

Meinen ersten Ansatz verdanke ich der bahnbrechenden Forschungsarbeit meines Kollegen Robert Putnam von der Harvard University. Putnam hat im Jahre 2000 ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel „Bowling Alone – The Collapse and Revival of American Community“ – Alleine zum Kegeln – Der Zerfall und die Wiederbelebung von Gemeinsinn in Amerika<sup>9</sup>. Das Buch hat nicht nur in Amerika, sondern auch in Deutschland und anderswo für einiges Aufsehen und zum Teil kontroverse Diskussionen gesorgt<sup>10</sup>; manche von Ihnen werden sicher davon gehört haben. Mit dieser Metapher des „allein Kegeln“ stellt Putnam auf der Basis umfangreicher empirischer Erhebungen (mehr als 500.000 Interviews) die Diagnose, dass der amerikanischen Zivilgesellschaft der Zusammenhalt abhanden komme, dass der soziale Kitt zerbröckle und sich ein eklatanter Verlust sozialen Vertrauens breit mache. Diese Erosion des sozialen Vertrauens würde, so Putnam, auf kurz oder lang zu einer Individualisierung der Gesellschaft führen, die den Gemeinsinn zerstöre, das bürgerschaftliche Engagement verhindere und die Demokratie, die von solchem

---

<sup>9</sup> Robert D. Putnam, *Bowling Alone: The Collapse and revival of American Community*. New York: Simon & Schuster 2000; siehe auch den vorhergehenden Aufsatz: *Bowling Alone: America's Declining Social Capital*. *Journal of Democracy* 6, 1 (January 1995).

<sup>10</sup> Siehe u.a. Wolfgang Merkel, *Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch einen modernisierten aktiven Staat? Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen? Freiheit und/oder Solidarität? Mainz: Landeszentrale für politische Bildung, 2007, 31-45.*

Vertrauen lebt, gefährde – eine alarmierende Feststellung vor dem Hintergrund des traditionell besonders hohen bürgerschaftlichen Engagements in den USA. Putnam belegt diese Diagnose u.a. mit Daten über den rasanten Mitgliederschwund zivilgesellschaftlicher Organisationen (u.a. eben auch der Tatsache, dass mehr Leute zum Kegeln gehen, aber eben nicht mehr in Clubs oder Verbänden. Er schreibt diesen Schwund von Gemeinschaftlichkeit nicht zuletzt der „technologischen Individualisierung“ durch Fernsehen und Internet zu, aber auch demographischen Veränderungen, der sich wandelnden Rolle der Frau und anderen sozialen Verschiebungen. Entscheidend für seine Analyse ist, dass er aufgrund dieser Erosion des „sozialen Kapitals“ eine der Grundvoraussetzungen demokratischer Ordnungen, nämlich die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anderen in relativ dauerhaften bürgerlichen Strukturen, für gefährdet hält – eine Gefährdung, die er u.a. in der ständig abnehmenden Wahlbeteiligung in den USA bestätigt sieht. Ich erinnere daran, dass auch David Brooks im Hinblick auf die gegenwärtige politische Krise in den USA von einem „Aufstand des Misstrauens“ gesprochen hat.

Ich will hier nicht die ganze Diskussion ausbreiten, die Putnams Buch ausgelöst hat (und die inzwischen ein eigenes Buch wert wäre). Interessant ist eine Untersuchung aus dem Jahr 2005<sup>11</sup>, die im Gefolge von Putnam zwischenmenschliches Vertrauen in den 30 wohlhabendsten Ländern der Welt betrachtet. Der Ländervergleich ist aufschlussreich: An der Spitze liegen eindeutig die skandinavischen Länder (Dänemark, Schweden, Norwegen), gefolgt von den Niederlanden, Finnland und Japan. Die Türkei, Portugal und Brasilien liegen am Ende der Rangfolge, und sowohl Deutschland (Platz 10) als auch die USA (Platz 13) liegen im Mittelfeld; auf einer Skala von 1-100 erreichen Dänemark und Schweden Werte von 67 und 66, Deutschland hingegen nur noch 38, die Türkei 16 und Brasilien 3 Punkte.

Es kommt mir hier nicht so sehr auf diese empirischen Befunde an, obwohl sie interessant genug sind, sondern vor allem darauf, wie wichtig für das Funktionieren des politischen Systems das Vorhandensein (oder das Fehlen) eines Grundbestandes von sozialem Vertrauen ist. Ich halte fest, dass hier ganz offensichtlich sowohl die USA wie auch Deutschland einigen Grund zur Sorge haben.

## Zivilgesellschaft und Kirchen

Meinen zweiten Ansatz zur Erörterung der Zivilgesellschaft hatte ich mit dem Stichwort „Kirchen“ signalisiert. Ich gehe dabei davon aus, dass im Gefüge von Zivilgesellschaften religiösen Verbänden eine besondere Bedeutung zukommt, sicher nicht ganz unabhängig von der Frage des sozialen Vertrauens und Zusammenhalts, den ich schon erörtert habe. Interessanterweise stellt die schon zitierte vergleichende Untersuchung eine hohe Korrelation zwischen sozialem Vertrauen und ausgeprägten protestantischen Traditionen fest – ich überlasse es Ihnen, darüber weiter zu spekulieren.

---

<sup>11</sup> Jan Delhey and Kenneth Newton, Predicting Cross-National Levels of Social Trust: Global Pattern or Nordic Exceptionalism? *European Sociological Review*, Vol. 21 (2005), No. 4, 311-327. Referiert von Merkel, ebda., 32.

Ich will aber zunächst noch einmal auf die amerikanische Seite unserer transatlantischen Unterhaltung zurückkommen. Es gehört zu den bekannteren Eigenschaften der amerikanischen Gesellschaft, dass Religiosität für sie eine besonders wichtige Rolle spielt, und zwar sowohl in den religiösen Verbrämungen des öffentlichen und politischen Lebens wie auch in den unübersehbar zahlreichen religiösen Vereinigungen. Die Gründungsmythen der Vereinigten Staaten und ihre Nachkommen sind voller religiöser und biblischer Anspielungen, von dem „neuen Jerusalem“ und der „Stadt auf dem Berge“ über den berühmten Satz Abraham Lincolns in seiner Ansprache von Gettysburg ("that the nation shall, under God, have a new birth of freedom") bis zum ehrwürdigen Text des „Oath of Allegiance“, des Loyalitätsbekenntnisses, mit dem immer noch jeder Schultag beginnt und in dem die „one nation under God“ beschworen wird. Für ein Land, dessen Verfassung die strikte Trennung von Kirche und Staat fordert, sind die USA immer schon eine bemerkenswert religiös gesinnte Republik gewesen.

Worauf es mir aber hier in erster Linie ankommt ist die Tatsache, dass sich in den letzten Jahrzehnten eine sehr wirksame Allianz zwischen bestimmten religiösen Vereinigungen und konservativen Strömungen in der amerikanischen Politik herausgebildet hat, die nicht nur den Verfassungsgrundsatz der Trennung von Kirche und Staat zu unterlaufen scheint, sondern auch die zivilgesellschaftliche Autonomie religiöser Verbände in Frage stellt. Dieses Phänomen wird besonders, wenn auch nicht ausschließlich, deutlich in den evangelikalen Gemeinschaften der sog. „born-again Christians“ und verdankt seine öffentliche und politische Wirksamkeit nicht zuletzt medienwirksamen Predigergestalten wie Jerry Falwell, Pat Robertson (der stolz seine Abstammung von einem Teilnehmer der „Boston Tea Party“ betont) und anderen<sup>12</sup>. Schon Ronald Reagan, vor allem dann aber George W. Bush verdanken dieser Bewegung zu einem ganz erheblichen Teil ihren Aufstieg zur Präsidentschaft der Vereinigten Staaten.

In vergleichender Perspektive sollte sich natürlich eine deutsche Republik, in der sich zumindest meine Generation noch an bischöfliche Hirtenworte zum Wahlsonntag erinnern kann, ob solcher Verquickungen nicht allzu sehr echauffieren. Abgesehen davon sehen sich beide christlichen Kirchen in Deutschland – vor allem die katholische – ja zur Zeit einer nicht unbeträchtlichen Krise ihrer eigenen Glaubwürdigkeit gegenüber.

Das Fazit aus dieser sehr kurz resümierten Situation scheint mir zu sein, dass aus sehr unterschiedlichen Gründen kirchliche und religiöse Gemeinschaften in beiden Ländern in Gefahr sind, ihre wichtige Rolle als unabhängige Kristallisationspunkte zivilgesellschaftlicher Gemeinschaftsbildung – und damit auch als vertrauensbildende Einrichtungen – zu verlieren: in Deutschland durch das eklatante Versäumnis, das Fehlverhalten von Geistlichen rechtzeitig und durchgreifend zu ahnden – in den USA

---

<sup>12</sup> TIME Magazine, February 27, 2005  
(<http://www.time.com/time/covers/1101050207/photoessay/index.html>)

durch die Identifizierung einer großen religiösen Gemeinschaft mit einer ganz bestimmten und für die Gesamtgesellschaft überaus konfliktträchtigen Ideologie.

## Zivilgesellschaft und Philanthropie

Ich will meiner Beschäftigung mit der Zivilgesellschaft in der gegenwärtigen Krise eine dritte und letzte Perspektive anfügen, die mit dem Phänomen der Philanthropie, also der Gemeinnützigkeit im weitesten Sinne und mit ihren Erscheinungsformen in Stiftungen u. ä. zu tun hat. Hier war eigentlich immer schon ein besonders großer Unterschied zwischen den USA und Deutschland offenkundig: Die Vereinigten Staaten gelten als das Land der Philanthropie schlechthin, wo Hochschulen und Museen, Symphonieorchester und Sportvereine Summen an Spenden einwerben, die anderswo – auch in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland – unvorstellbar wären. Meine Universität, die Stanford University, wirbt Jahr für Jahr über eine halbe Milliarde Dollar an Spenden ein – jede amerikanische Universität im Durchschnitt über 20 Millionen; die international führenden Symphonieorchester der USA – New York, Chicago, Detroit, Cleveland, San Francisco, Los Angeles – bringen ihre Spitzenleistungen im wesentlichen ohne einen Cent an öffentlichen Geldern zustande, und es gilt als selbstverständlich, dass Amerikaner, wenn sie ihr Testament machen, darin ihre bevorzugten „charities“ bedenken – vom Hundefriedhof bis zu ihrer Alma Mater. Das ist alles natürlich auch ein Indiz dafür, dass in den USA die Menschen nicht nur von „weniger Staat“ reden, sondern dazu auch feste in die Tasche zu greifen bereit sind.

Von Spenden in diesen Größenordnungen kann man, obwohl sich ganz langsam einiges zu ändern beginnt, in Deutschland nur träumen. Meine Nachfolgerin an der Spitze der Viadrina, Gesine Schwan, hat mit großem Einsatz erreicht, die Viadrina in eine Stiftungsuniversität umzuwandeln, um ihr größere Bewegungsfreiheit und Unabhängigkeit vom Staat zu verschaffen. Der gleichzeitige Versuch, für diese Stiftung zusätzliche private Mittel einzuwerben, hat bisher trotz mehrjähriger Bemühungen gerade einmal die bescheidene Summe von rund € 300.000 erbracht.

Dabei liegt es durchaus nahe, die Philanthropie als eine geradezu idealtypische bürgerschaftliche Initiative zu verstehen, mit deren Hilfe die Zivilgesellschaft ihre Eigendynamik gegenüber dem Staat nicht nur erklärt, sondern auch glaubhaft unter Beweis stellen kann. Wo es Zweifel gibt, ob staatliche Kulturpolitik auch wirklich die volle Vielfalt kulturellen Schaffens zur Geltung bringt, kann eine Stiftung andere, komplementäre Akzente setzen. Wo staatliches Reglement curriculare und pädagogische Innovation an Schulen erschwert, können Stiftungsmittel Raum für neues Lernen innerhalb und außerhalb des bestehenden Schulsystems schaffen. Und wo sich das Zusammenleben von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft unter den Bedingungen staatlicher Programme als zu schwerfällig erweist, könnten unkonventionelle und beweglichere Formen der Zusammenführung aus Stiftungsmitteln ein Exempel statuieren.

Aber ich will dieses Argument noch ein Stück weiterführen und für die Philanthropie eine ganz besonders wichtige Rolle in der gegenwärtigen Krise von Staat und Wirtschaft reklamieren. Ich folge dabei meinem Kollegen Helmut Anheier, dem neuen Dean der Hertie School of Governance in Berlin, der gerade in der gegenwärtigen Situation für Stiftungen eine besondere Relevanz sieht. Er bringt das in einem neueren Vortrag so vorzüglich auf den Punkt, dass ich ihn daraus zitieren möchte:

„Stiftungen haben gegenüber anderen Institutionen signifikante Vorteile, die gerade in der heutigen Zeit eine besondere Relevanz erhalten. Das Alleinstellungsmerkmal der modernen Stiftung ist ihre Unabhängigkeit von Markterwartungen einerseits und vom Wahlerfolg der Parteipolitik andererseits. Dieses Merkmal macht Stiftungen zu Institutionen mit größtmöglicher Autonomie. Die Stiftung kann langfristig Themen aufgreifen und Problemlösungen entsprechend angehen; sie ist weniger kurzfristigen wirtschaftlichen und politischen Erwartungen verpflichtet und braucht keine schnellen Erfolge vorzuweisen. ... Zusammengenommen bilden Stiftungen eine unabhängige Kraft aus privaten Vermögen, von Wissen und Expertise, aber auch von Einfluss, die wesentlich zur Selbstorganisation der Gesellschaft und somit neben Staat und Unternehmen zur gesellschaftlichen Problemfindung und Problemlösung beitragen kann.“<sup>13</sup>

Mit diesem Instrument der Stiftung erwachsen der Zivilgesellschaft gerade in einer Situation, in der Staat und Wirtschaft an die Grenzen ihrer Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten kommen, neue Möglichkeiten, „Raum für Kreativität und Innovation zu schaffen“<sup>14</sup>. In der Stärke und Großzügigkeit ihrer philanthropischen Traditionen hat die amerikanische Gesellschaft gerade in der gegenwärtigen Krise einen wichtigen Vorsprung vor den Gesellschaften Europas. Bei aller kritischen Einschätzung des gegenwärtigen Dilemmas in der amerikanischen Politik liegt in diesem Vorsprung eine echte Chance, mittelfristig den guten Geistern in der amerikanischen Gesellschaft wieder zur Geltung zu verhelfen.

Noch eine Bilanz

An diesem Punkt ziehe ich eine zweite Bilanz, die allerdings schon fast die Schlussbilanz meiner Überlegungen darstellt

- 1) Auf den ersten Blick scheinen sich die USA und Europa in Ihrem Staatsverständnis aufeinander zu bewegen; mit dem Amtsantritt von Barack Obama erleben die USA eine tiefgreifende (und deshalb auch so kontroverse) Neubestimmung der Rolle des Staates. Gleichzeitig beginnt in Europa, und nicht

---

<sup>13</sup> Helmut K. Anheier, Der globale Wirtschaftsabschwung und die Rolle der Philanthropie: Die Chancen der Krise (Festvortrag anlässlich der Verleihung des FERI Stiftungspreises in Berlin am 29. Januar 2009). Heidelberg: Centrum für soziale Investitionen und Innovationen (<http://www.csi.uni-heidelberg.de/downloads/Anheier%20-%20CSI%20zur%20Krise.pdf>)

<sup>14</sup> Anheier, ebda.

zuletzt in Deutschland, der Staat nach einer vorübergehend sehr intensiven Episode des Krisenmanagements (Hypo Real Estate, Konjunkturpaket, etc.), einen vorsichtigen strategischen Rückzug, der mit der Sozialstaatsdebatte begonnen hat und sich in anderen Bereichen weiter fortsetzen dürfte – vor allem unter dem Gewicht einer galoppierenden Staatsverschuldung.

- 2) Die Vereinigten Staaten haben sich von Anfang an sehr viel weniger auf den Staat verlassen (und sich ein Regierungssystem zugelegt, das diese Distanz befördert – Stichwort *checks and balances*) und haben immer wieder versucht, Probleme durch zivilgesellschaftliche Initiativen zu lösen – in manchen Fällen (Stichworte Hochschulen, Kulturleben) erfolgreich, in manchen weniger - Stichworte Katrina, das Gesundheitswesen, das Schulwesen. Insgesamt aber hat sich auf diese Weise eine sehr aktive und gestaltungsfähige Zivilgesellschaft mit einer starken philanthropischen und ehrenamtlichen Komponente entwickelt. Die Komplexität der Probleme, denen sich im Zeitalter der Globalisierung und krisenanfälliger Volkswirtschaften moderne Gesellschaften gegenüber sehen, hat dann aber auch selbst in den USA die Grenzen zivilgesellschaftlicher Problemlösungen aufgezeigt. Gleichzeitig hat diese Tradition zivilgesellschaftlicher Unabhängigkeit aber auch den Nährboden für ideologische Verformungen abgegeben, aus der die nachgerade pathologischen Reaktionen etwa der Tea Party Truppen selbst auf vorsichtige Schritte in Richtung auf einen einigermaßen modernen Sozialstaat entstanden sind.
- 3) Deutschland hat sich demgegenüber von Anfang an sehr auf den Staat und seine Problemlösungskompetenz verlassen und ist damit (siehe Helmut Schmidt) insgesamt auch nicht schlecht gefahren. Aus dieser Abhängigkeit von einem starken Staat ist in unserer Zeit aber ein doppeltes Dilemma geworden: Auf der einen Seite ist der Staat in der gegenwärtigen Krise an den Rand seiner Funktions- und Vorsorgefähigkeit geraten und wird in Zukunft angesichts potenziell ruinöser Staatsverschuldung wohl nur noch einen Teil seiner sozialstaatlichen Aufgaben wahrnehmen können. Auf der anderen Seite hat diese Abhängigkeit von staatlicher Vorsorge dazu beigetragen, dass zivilgesellschaftliche Energien und Kapazitäten zur Problemlösung in erheblichem Maße verkümmert oder gar nicht erst entwickelt worden sind; Philanthropie, individuelle Daseinsvorsorge, Mäzenatentum, individuelle Beiträge zur Studienfinanzierung sind Bereiche, in denen dieses Defizit besonders deutlich wird. Angesichts des abzusehenden Rückzugs des Staates aus seiner traditionell allumfassenden Vor- und Fürsorgefunktion wird die Frage, wie sich solche zivilgesellschaftlichen Energien aktivieren und mobilisieren lassen, für Deutschland (sehr viel mehr als für die USA) zu einer zentralen Überlebensfrage.
- 4) In beiden Ländern ist, wenn auch auf unterschiedliche Weise, das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat von einer massiven Erosion des Vertrauens belastet. Dieser Vertrauensverlust scheint sich geradezu epidemisch sowohl auf die sozialen Beziehungen und Zusammenschlüsse als auch auf das Verhältnis der Bürger zu ihren politischen Institutionen zu erstrecken. Er schlägt sich nieder in der Abkehr nicht nur vom gemeinsamen Kegeln, sondern auch von vielen anderen gemeinsamen Tätigkeiten ebenso wie in einem kontinuierlichen Anstieg von Politikverdrossenheit und politischer Abstinenz. Die Diagnose lässt keinen

Zweifel zu; die große Frage ist, wie denn eine Therapie aussehen könnte. Die Antwort dürfte weniger in einer Reform unserer politischen Institutionen und Verhaltensweisen liegen, obwohl ich mir gerade für die USA einige dringend notwendige Änderungen des Verfassungs- und vor allem des Wahlrechts vorstellen könnte. Die eigentliche Lösung aber sehe ich sehr viel mehr in einer von Grund auf – von den Graswurzeln her – angelegten Revitalisierung unserer bürgerschaftlichen Netzwerke und gemeinschaftlichen Verpflichtungen und Betätigungen. Wenn wir dazu kämen, dass der soziale Kitt wieder hält und aus individuellen Zeitgenossen wieder gemeinschaftlich denkende und handelnde Bürger würden – dann wären wir auf dem richtigen Wege. Auf Einrichtungen wie den Lions Club – dem ich an dieser Stelle zu seinem Jubiläum herzlich gratuliere – darf man dabei ganz besonders große Hoffnungen setzen.

### *Ceterum censeo*

Lassen Sie mich noch einmal auf die Doppeldeutigkeit zurückkommen, die im Untertitel meines Vortrags liegt und Ihnen sicher nicht entgangen ist. „Transatlantische Reflektionen in der Krise“ – das kann natürlich zunächst einmal heißen (und so habe ich es in diesem Vortrag auch bis jetzt gehalten), dass man über die gegenwärtige Krise im Rahmen der Erfahrungen auf beiden Seiten des Atlantiks reflektiert. Es kann aber grammatikalisch auch heißen, dass die transatlantischen Reflektionen selbst in der Krise stecken, und auch diese Bedeutung ist eine Überlegung wert. Denn es gab einmal eine Zeit, in der die gemeinsamen Reflektionen der beiderseitigen atlantischen Partner in der Tat wie aus einem Guss waren – als vor allem zwischen den USA und Deutschland ein oft unausgesprochenes, aber äußerst wirksames Einverständnis herrschte. Die Zeiten sind spätestens seit den Tagen von George W. Bush und Gerhard Schröder vorbei, auch wenn man eine allmähliche Ernüchterung in den gemeinsamen Gedankengängen schon sehr viel früher hatte feststellen können. Aber das Verhältnis hat auch unter Angela Merkel und Barack Obama nicht zu seiner früheren Selbstverständlichkeit zurückgefunden – nicht zuletzt wegen der fundamentalen Veränderungen, die – auch als Resultat der Krise – im Gefüge der internationalen Ordnung im Gange sind. Kaum etwas hat diese Veränderungen so deutlich gemacht wie die Tatsache, dass die entscheidenden (wenn am Ende auch nicht sonderlich erfolgreichen) Verhandlungen beim Klimagipfel in Kopenhagen an einem Tisch stattfanden, an dem die Vertreter Chinas, Indiens, Brasiliens, Südafrikas und der USA Platz genommen hatten – von Europa oder von Deutschland keine Spur. Die griffige Formel von dem neuen G2-Regime aus China und den USA ist sicher zu einfach, aber wir werden uns auf eine neue internationale Arbeitsteilung einrichten müssen – in der Europa und Deutschland, wenn sie denn darin eine mehr als marginale Rolle spielen wollen, sich etwas mehr Mühe nicht nur mit Hartz IV und dem Gezänk zwischen Koalitionspartnern, sondern mit den wirklich wichtigen Fragen unserer Zeit – Klima, Sicherheit, Demographie, Hunger, Migration, Bildung – geben müssen.

Und wenn ich ganz zum Schluss noch einmal auf die kleine Utopie von Julian Barnes zurückkommen darf, dann würde ich mich (und Sie) fragen wollen, wie denn das verbesserte Miniaturmodell einer deutschen Republik auf einer Ostfriesland vorgelagerten Insel aussehen könnte.

Man könnte sich da ja so einiges vorstellen:

- Ein Schul- und Hochschulwesen, für das der Staat 4 Euro für jeden Euro zahlt, der privat aufgebracht wird;
- ein Gesundheitswesen, das die höchste Priorität auf Prävention setzt und in dem die Prämien für die Gesundheitsversicherung (nicht Krankenversicherung) danach gestaffelt sind, wie gesund man lebt, sich bewegt und sich ernährt;
- ein großzügig gefördertes Projekt des generationenübergreifenden Wohnens, in dem die älteren Bewohner aktiv nicht nur an der Betreuung der Kinder arbeitender Eltern, sondern auch an deren schulischer Ausbildung beteiligt sind;
- Kirchengemeinden, in denen die mündige Beteiligung der Gemeindemitglieder an transparenten Entscheidungsprozessen ihrer Kirchen selbstverständlich ist;
- eine Einwanderungspolitik, die bewusst auf die Vielfalt von Lebens- und Kulturerfahrungen angelegt ist und diese Vielfalt in Nachbarschaftszentren pflegt;
- eine Bürgerstiftung, die sich unter Beteiligung aller Bürger aktiv und fortlaufend mit den langfristigen Prioritäten des Gemeinwesens und ihrer Förderung beschäftigt.

... und natürlich in jedem Dorf eine Anlage, in der man kostenlos gemeinsam kegeln kann.